

Das Landesverwaltungsamt hat die Stadt Halle (Saale) gezwungen, die Kita-Beiträge unverzüglich ab 01.03.2025 zu erhöhen. Wäre der Stadtrat der Anordnungsverfügung nicht gefolgt, hätte es keinen genehmigten Haushalt gegeben. Der Stadt hätten damit Chaos und Handlungsunfähigkeit gedroht. Auch wenn dieses Szenario abgewendet werden konnte, dürfen die sozialen Auswirkungen der geplanten Beitragserhöhungen nicht aus den Augen verloren werden. Wir fordern deshalb schnellstmöglich die Einführung einer einkommensabhängigen Staffelung der Kita-Beiträge.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Welche Voraussetzungen wären zu schaffen, um eine einkommensabhängige Staffelung der Kita-Beiträge umzusetzen?
2. Wie schätzt die Verwaltung die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für eine einkommensabhängige Staffelung ein?
3. Welche anderen Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, um insbesondere Eltern, die nur knapp über der Befreiungsgrenze liegen, zu entlasten?
4. Ist aus Sicht der Stadtverwaltung eine Reduzierung des zu zahlenden Beitrages auf Antrag für Haushalte, die beispielsweise lediglich bis zu fünf Prozent über der Befreiungsgrenze liegen, ein möglicher Weg? Wie schätzt die Verwaltung hierfür die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen ein?

gez. Eric Eigendorf

Vorsitzender

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)